

Bericht
des Regierungsrats
an den Landrat

17. März 2020

Nr. 2020-177 R-151-13 Bericht zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 (Postulat Céline Huber, Altdorf)

I. Ausgangslage

Am 19. Juni 2019 reichte Landrätin Céline Huber, Altdorf, zusammen mit Zweitunterzeichnerin Bernadette Arnold, Bürglen, ein Postulat zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 ein. Darin ersuchen sie den Regierungsrat, dem Erziehungsrat den Inhalt dieses Postulats zu übermitteln, mit dem Auftrag, das Fach «Politische Bildung» seiner Bedeutung entsprechend verbindlich in den Lehrplan 21 aufzunehmen. Über die konkrete Umsetzung dieses Anliegens sei dem Landrat Bericht zu erstatten. Zur Begründung des Vorstosses machen sie unter anderem geltend, im Lehrplan 21 fehle der verbindliche Auftrag, sich mit den Mechanismen der Schweizer Demokratie, der politischen Meinungsbildung, dem Verhältnis Staat und Wirtschaft sowie der Siedlungsraumgestaltung umfassend auseinanderzusetzen. Es sei jeder Lehrkraft selbst überlassen, wo sie ihre Schwerpunkte bei der «Politischen Bildung» letztendlich setze. In Berücksichtigung allfällig negativer Konsequenzen aus fehlender politischer Bildung soll deshalb die Einführung eines eigenständigen Fachs geprüft werden.

Der Regierungsrat überwies das Postulat dem Erziehungsrat umgehend zur Bearbeitung und Antragstellung. Im Einklang mit der Haltung des Erziehungsrats war der Regierungsrat sodann der Ansicht, dass die Schaffung eines eigenständigen Fachs «Politische Bildung» nicht erforderlich sei, zumal der Urner Lehrplan 21 die verbindlichen Inhalte aus dem Themenbereich auf allen Stufen festlege und somit die Grundlage lege, dass die politische Bildung in der Volksschule angemessen und wirksam behandelt werde. Die umfassenden Ausführungen dazu unterbreitete der Regierungsrat dem Landrat in der Session vom 2. Oktober 2019. Gestützt auf diese Ausführungen empfahl der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat zu überweisen und es gleichzeitig als materiell erledigt abzuschreiben.

Der Landrat folgte der Empfehlung des Regierungsrats nur teilweise. Mit 46 zu 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) beschloss er, das Postulat zu überweisen, ohne es gleichzeitig als materiell erledigt abzuschreiben. Demzufolge beauftragte der Regierungsrat den Erziehungsrat, einen Bericht zu erstellen über die konkrete Umsetzung der Forderung des Postulats.

II. Antwort des Regierungsrats

Auftragsgemäss hat der Erziehungsrat den Bericht erstellt. Der Bericht liegt diesem Antrag bei. Wie der Bericht zeigt, trägt der Lehrplan 21 der politischen Bildung, obschon diese nicht als eigenständiges Unterrichtsfach definiert ist, ihrer Bedeutung entsprechend in vielfacher Art und fächerübergreifend Rechnung. Die notwendigen Kompetenzen sind einerseits in den Fachbereichen von «Natur, Mensch, Gesellschaft» (NMG), «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (RZG) sowie in der Leitidee von «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) als Themengebiet «Politik, Demokratie und Menschenrechte» explizit in den Lehrplan 21 eingearbeitet. Die nähere Analyse zeigt sodann, dass unter den gegebenen Voraussetzungen des neuen Lehrplans ein eigenständiges Fach für politische Bildung nicht zielführend ist. Allerdings ortet der Bericht durchaus Raum für Optimierungen, und zwar in der Verfügbarkeit von gutem didaktischen Material (Lehrmittel), in der realen Begegnung mit dem Lernstoff (an ausserschulischen Lernorten) und in der Begeisterungsfähigkeit der Lehrpersonen (fachliche Sicherheit). Der Erziehungsrat beabsichtigt denn auch, wie er im Bericht ausführt, unter anderem konkret folgende Massnahmen zu ergreifen: Erweiterung des webbasierten Online-Lehrmittels URwegs mit Aufgabensets zur politischen Bildung; Anreicherung des Weiterbildungsangebots für Lehrpersonen mit Kursen zum Thema politische Bildung; Förderung von Besuchen der Oberstufenschülerinnen und -schüler im Bundeshaus in Bern.

Der Regierungsrat ist weiterhin der Meinung, dass das Funktionieren der demokratischen Strukturen im Kanton Uri auf informierte, interessierte und aktive Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist. Für die Gesellschaft ist es daher von existenzieller Bedeutung, dass das Interesse an politischen Fragestellungen und Prozessen geweckt, dass die aktive Beteiligung angeregt und unterstützt wird und dass die notwendigen Grundlagen vermittelt werden. Hier hat der obligatorische Schulunterricht eine grosse Bedeutung: Werden Kinder und Jugendliche frühzeitig motiviert und interessiert, lässt sich die künftige Beteiligung fürs Gemeinwesen im Erwachsenenalter fördern. Vor diesem Hintergrund erkennt der Regierungsrat auch den Optimierungsbedarf in der politischen Bildung an der Volksschule. Die vom Erziehungsrat im Rahmen des Berichts aufgezeigten möglichen Optimierungen erachtet er als zielführend und wirksam. Das bedeutet auch, dass der Regierungsrat im Einklang mit der Haltung des Erziehungsrats die Schaffung eines eigenständigen Fachs «Politische Bildung» ablehnt. Der Urner Lehrplan 21 legt die verbindlichen Inhalte aus dem Themenbereich auf allen Stufen fest und legt damit die Grundlage, dass die politische Bildung in der Volksschule angemessen und wahrscheinlich wirksamer als in einem eigenen Fach behandelt wird.

III. Antrag

1. Der Bericht zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 (Postulat Céline Huber, Altdorf) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Einführung eines eigenständigen Fachs «Politische Bildung» an der Volksschule in Uri wird nicht weiterverfolgt.
3. Das Postulat Céline Huber, Altdorf, zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 wird als materiell erledigt am Protokoll abgeschrieben.

Beilage

- Bericht zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21